

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 1

Stand: 21.04.2010

Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Nr. 03 - Stellenbesetzungs- und Beförderungssperre von 4 Monaten	3
Nr. 05 - Zuschuss an DLRG für Wasserrettung	4
Nr. 16 - Gebührenerhöhung für Gewerbeanmeldungen	5
Nr. 17 - Gebührenerhöhung im Waffenrecht allgemein	6
Nr. 18 - Kunstival – Reduzierung Zuschuss um 50 %.....	7
Nr. 19 - Pferdemarkt, Reduzierung Zuschuss	8
Nr. 20 - Erhöhung Marktgebühren Wochenmarkt	9
Nr. 21 - Sondernutzung Straßenverkehr, Gebührenerhöhung.....	10
Nr. 22 - Sondernutzung, Gebührenerhöhung Freiausschank Gaststätten.....	11
Nr. 23 - Ausschöpfung von Gebühren im Verkehrswesen	12
Nr. 24 - Versicherungen Ausschluss Terrorrisiko in der Gebäudeversicherung	13
Nr. 25 - Verzicht auf Umweltschadenversicherung	14
Nr. 28 - Stadtentwässerung – Kleineinleiterabgabe	15
Nr. 29 - Stadtreinigung, Reduzierung Einsatz Großkehrmaschine	16
Nr. 32 - Reduzierung wenig genutzter Spielplätze	17
Nr. 33 - Winterdienst - Reduzierung	18
Nr. 34 - Abfall – Einbeziehungen der Aufwendungen Wertstoffeffassung	19
Nr. 35 - Friedhöfe – Gebührenerhöhung (einschließlich Eschach)	20
Nr. 42 - Preiserhöhung Mittagessen für Lehrer und Gäste in der Spohn-Mensa... 21	
Nr. 43 - Erhöhung Elternbeiträge für Ferienbetreuung Grundschüler	22
Nr. 44 - Reduzierung der Schulbudgets schrittweise um 10 %.....	23
Nr. 49 - Sportförderung – Reduzierung - Kernstadt	24
Nr. 52 - Städtepartnerschaft, Delegationen zum Rutenfest	26
Nr. 53 - Reduzierung Eventzuschüsse auf 50.000 €.....	27
Nr. 56 - Städtepartnerschaft – Partnerschaft mit Mollet del Vallès	28
Nr. 57 - Städtepartnerschaft – VerzichtTeilnahme Sportvereine stellen sich vor... 29	
Nr. 59 - Rathauskonzerte, Reduzierung	30
Nr. 64 - Obdachlosenwesen – Schließung Wangener Straße	31
Nr. 65 - Reduzierung Notplätze der Stadt im Württemberger Hof.....	32
Nr. 74 - Anpassung Sozialfonds	33

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 2

Stand: 21.04.2010

Nr. 77 - Konzert zum Tag der Deutschen Einheit.....	34
Nr. 79 - Bilder des Jahres	35
Nr. 80 - Kindertheatertage	36
Nr. 83 - Kürzung Kulturförderung	37
Nr. 85 - Kulturveranstaltungen – Erhöhung Abopreise.....	38
Nr. 89 - Erhöhung Benutzungsgebühren Bücherei	39
Nr. 94 - Verkürzung Saisonzeiten ESH	40
Nr. 95 - Eintrittspreise ESH	41
Nr. 97 - Erhöhung Parkentgelte P-+R-Plätze am Bahnhof.....	42
Nr. 99 - Erhöhung Eintrittspreise Sport- und Freizeitbäder	43
Nr. 103 - Wegfall Rabattierung bei Bezahlung der Parkentgelte mit der Geldkarte	44
Nr. 106 - Herabsetzung der Allgemeinen Rücklage der Stadtwerke mit teilweise Ausschüttung Geschäftsgewinn BOB	45
Nr. 111 - Schließung von Sporthallen in der Ferienzeit	46
Nr. 117 - Vermietung Altes Theater.....	47
Nr. 120 - Verwaltungsgebühr für Ausstellung von Negativzeugnissen	48
Nr. 161 - Event "Abgefahren", nur noch alle 2 Jahre	49
Nr. 122 - Verzicht auf Subventionierung Stellplätze.....	50
Nr. 134 - Öffentlichkeitsarbeit – Reduzierung Sendung Ravensburg Live.....	51
Nr. 145 - Erhöhung Hundesteuer	52
Nr. 146 - Erhöhung der Vergnügungssteuer	53
Nr. 147 - Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Punkte	54
Nr. 152 - Gebühr für Bezug Mitteilungsblatt Ortschaften	55
Nr. 153 - Wiederbesetzung freier Stelle Ortsbauhof Eschach	57
Nr. 156 - pauschale Sperre Budgets Ortsverwaltung Taldorf	59
Nr. 157 - pauschale Sperre Budgets Ortsverwaltung Eschach.....	60
Nr. 158 - pauschale Sperre Budgets Ortsverwaltung Schmalegg.....	61

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 3

Stand: 21.04.2010

Nr. 3 - Stellenbesetzungs- und Beförderungssperre von 4 Monaten

Hauptamt, Herr Oberhofer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe	200.000 €
--------------	-----	----------------	-----------

Stellenbesetzungs- und Beförderungssperre für 3 Monate bereits durch Verfügung von OB Vogler umgesetzt

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 4

Stand: 21.04.2010

Nr. 5 - Zuschuss an DLRG für Wasserrettung

Hauptamt, Bereich Feuerwehr, Herr Wollensak

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	€	Wenigerausgabe 3.500 €
--------------	---	------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die DLRG erhält seit 1990 für die Durchführung und Aufrechterhaltung des Wasserrettungsdienstes zusätzlich zu den normalen städtischen Vereinszuschüssen nach einer Vereinbarung, der der Verwaltungsausschuss zugestimmt hatte, einen jährlichen Zuschuss von 3.500 €.

Die Grundlage, auf der dieser Zuschuss gewährt wurde, hat sich zwischenzeitlich verändert. Die DLRG nimmt die Aufgabe der Wasserrettung nach dem Rettungsdienstgesetz wahr, insoweit erfolgt die Finanzierung für diese Aufgabe über das Land Baden-Württemberg.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 5

Stand: 21.04.2010

Nr. 16 - Gebührenerhöhung für Gewerbeanmeldungen

Rechts- und Ordnungsamt, Herr Schöpfer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	10.000 €	Wenigerausgabe	€
--------------	----------	----------------	---

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Gewerbebetriebe müssen die Aufnahme Ihres Gewerbes bei der Stadt Ravensburg anzeigen. Für diese Leitung wird bisher eine Gebühr in Höhe von 20 EUR erhoben.

Dem Beispiel der Stadt Friedrichshafen folgend könnte diese Dienstleistung von 20 EUR auf 28 EUR erhöht werden. Bei rund 1.300 Gewerbeanzeigen im Jahr würde dies ein jährliches Gebührenmehraufkommen in Höhe von 10.000 EUR pro Jahr nachsichziehen. Die Verwaltungsgebührensatzung müsste hierzu entsprechend angepasst werden.

Die Wirtschaftsförderung unterstützt neue Gewerbebetriebe bei der Suche nach Immobilien und Grundstücken.

Die Erhöhung der Gebühren für die Gewerbeanmeldungen wird empfohlen.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 6

Stand: 21.04.2010

Nr. 17 - Gebührenerhöhung im Waffenrecht allgemein

Rechts- und Ordnungsamt, Herr Schöpfer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	2.000 €	Wenigerausgabe	€
--------------	---------	----------------	---

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die Gebühren im Waffenrecht waren bisher bundeseinheitlich geregelt. Die Kommunen können zwischenzeitlich (Folge der Föderalismusreform) eigene Gebühren festlegen; solange dies nicht geschehen ist, gilt die alte bundesrechtliche Gebührenregelung fort.

Durch eine moderate Gebührenerhöhung der bisherigen (noch in DM) bestehenden Gebührensätze entsprechend des tatsächlichen Zeitaufwandes sowie durch eine Ergänzung um weitere Gebührensätze, bedingt durch die Neufassung des Waffengesetzes (Vor-Ort-Kontrollen), sollten sich insgesamt im Bereich der waffenrechtlichen Gebühren Mehreinnahmen von rund 2.000 EUR ergeben.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 9

Stand: 21.04.2010

Nr. 20 - Erhöhung Marktgebühren Wochenmarkt

Rechts- und Ordnungsamt, Herr Schöpfer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	10.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

bereits vollzogen, Beschluss Gemeinderat 08.03.2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 10

Stand: 21.04.2010

Nr. 21 - Sondernutzung Straßenverkehr, Gebührenerhöhung

Rechts- und Ordnungsamt, Herr Schöpfer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	10.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die bestehende Sondernutzungssatzung bzw. Gebührenordnung gibt für Sondernutzungen (beispielsweise Baustellen) einen Gebührenrahmen. Dieser Gebührenrahmen kann besser ausgenutzt werden, es kann auch konsequenter dafür Sorge getragen werden, dass ungenehmigte Sondernutzungen kontrolliert werden und anschließend die entsprechenden Gebühren nacherhoben werden. Im langjährigen Mittel schwanken die Einnahmen der Sondernutzungen stark, haben jedoch trotz im Prinzip gleichbleibender Gebührenhöhe eine steigende Tendenz (2004: 75.000 EUR, 2008: 142.000 EUR, 2009: 117.000 EUR). Die starken Schwankungen hängen primär davon ab, ob mehrere große Baustellen zusammenkommen und in welchem Jahr die Gebühren abgerechnet werden.

Insgesamt soll versucht werden, durch entsprechende Ausnutzung des Gebührenrahmens ein jährliches Level zwischen 100.000 und 120.000 EUR mindestens zu erreichen. Hierzu gehört wie erwähnt vor allem die konsequente Kontrolle und Nachberechnung nicht angemeldeter, zeitlich oder räumlich länger oder größer als angemeldet betriebener Baustellen. Die konsequente Umsetzung der Sondernutzungsgebühren für Baustellen hat dabei aus Sicht der Verwaltung den Vorteil, dass dies auch ein Anreiz für die Bauunternehmer darstellt, Sondernutzungen im Straßenraum auf das wirklich Notwendige zu beschränken.

Derzeit werden erhoben:

für 1 m² 3,00 € im Monat

z.B.	Gerüst, 15 m ²	45,00 €/Monat
	Kran, 25 m ²	75,00 €/Monat
	Baustelle, 20 m ²	60,00 €/Monat

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 11

Stand: 21.04.2010

Nr. 22 - Sondernutzung, Gebührenerhöhung Freiausschank Gaststätten

Rechts- und Ordnungsamt, Herr Schöpfer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	40.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Für den Freiausschank von Gaststätten lässt die Gebührenordnung der Sondernutzungssatzung Gebühren zwischen 10 und 100 EUR je m² Straßenfläche und Saison zu (Gebührenrahmen). Derzeit werden für Freiausschankflächen in der Altstadt 16 EUR pro m², auf dem Marienplatz 18 EUR pro m² als Gebühren verlangt.

Aus Sicht der Verwaltung ist hier eine deutliche Gebührenerhöhung, beispielsweise um 100 % angezeigt. Die Freiausschankflächen vor den einzelnen Gaststätten stellen einen starken wirtschaftlichen Faktor dar. Bei vielen Gaststätten hängt der wirtschaftliche Erfolg mehr oder weniger ausschließlich von den Freiausschankflächen ab. Dabei ist kaum zu rechtfertigen, dass die Stadt die Flächen zu einem sehr günstigen Preis zur Verfügung stellt, dass der Gebäudeeigentümer, begünstigt durch die vor seinem Gebäude vorhandenen Straßenflächen, dann aber sehr hohe Pachterträge für eine Gaststätte erzielt. Dieses Missverhältnis wurde auch vom RPA beanstandet.

Derzeit werden erhoben:

Marienplatz, Saisonzeit März – Oktober, 18,00 € pro m²

z.B. 120 m² x 18,00 € = 2.160,00 €

sonstige Plätze, Saisonzeit März – Oktober, 16,00 € pro m²

z.B. 120 m² x 16,00 € = 1.920,00 €

Vorschlag Verdoppelung:

z.B. Marienplatz 120 m² x 36,00 = 4.320,00 €

sonstige Plätze 120 m² x 32,00 € = 3.840,00 €

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 12

Stand: 21.04.2010

Nr. 23 - Ausschöpfung von Gebühren im Verkehrswesen

Rechts- und Ordnungsamt, Herr Schöpfer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	12.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die Gebühren im Verkehrswesen unterliegen in den einzelnen Jahren relativ starken Schwankungen. In den letzten 2 Jahren wurde versucht, für anfallende Verwaltungsvorgänge auch konsequent Gebühren zu erheben. Dies hat zu einer Steigerung der Gebühreneinnahmen von 95.000 EUR im Jahr 2006 auf 130.000 EUR im Jahr 2009 geführt.

Durch weitere konsequente Gebührenerhebung bei gebührenpflichtigen Tatbeständen soll dieser höhere Stand an Gebühreneinnahmen auf die kommenden Jahre hin gehalten werden.

Erhoben werden diese Gebühren für die Erteilung von verkehrsrechtlichen Anordnungen.

Beispiel:

Anordnung eines Halteverbots (wegen Umzug) 10,00 € pro Tag

Anordnung einer Vollsperrung einer Straße wegen einer Veranstaltung
30,00 € bis 40,00 €

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 13

Stand: 21.04.2010

Nr. 24 - Versicherungen Ausschluss Terrorrisiko in der Gebäudeversicherung

Rechts- und Ordnungsamt, Herr Schöpfer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe	15.000 €
--------------	-----	----------------	----------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Im Jahr 2003 wurde im Gemeinderat beschlossen, alle städtischen Gebäude im Rahmen der Gebäudeversicherung auch gegen Terrorschäden zu versichern.

Der Einschluss der Terrorschäden in der Gebäudeversicherung schlägt jährlich mit 15.000 EUR zu Buche.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 14

Stand: 21.04.2010

Nr. 25 - Verzicht auf Umweltschadenversicherung

Rechts- und Ordnungsamt, Herr Schöpfer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 6.000 €
--------------	-----	------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Zum 14.11.2007 ist das Umweltschadengesetz in Kraft getreten. Es sieht eine Haftung des Schädigers bei sogenannten Biodiversitätsschäden vor, d. h. bei nachteiligen Veränderungen von Böden, Gewässern und natürlichen Lebensräumen mit Einfluss auf die Natur und geschützte Arten. Das Umweltschadengesetz geht damit weiter als bisher übliche haftungsrechtliche Regelungen wie sie bisher und weiterhin auch dann gelten, wenn beispielsweise Boden verunreinigt und ausgetauscht werden muss.

Die Stadt hat sich für rund 6.000 EUR bei der WGV gegen derartige Schäden versichert. Dabei sind jedoch von vornherein der Anwendungsbereich und das Risikopotenzial aus diesem Gesetz kaum griffig geworden. Auch in Fachzeitschriften wurde bislang nichts über Schadensfälle in dieser Richtung bekannt.

Aus Sicht der Verwaltung ist es deshalb vertretbar, auf diese Absicherung derzeit zu verzichten und 6.000 EUR jährlich einzusparen. Die Tätigkeit der Stadt Ravensburg insgesamt erscheint in diesem Zusammenhang auch nicht als besonders gefahrgeneigt. Sicher muss die Situation aber beobachtet und das Risiko weiterhin eingeschätzt werden

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 15

Stand: 21.04.2010

Nr. 28 - Stadtentwässerung – Kleineinleiterabgabe

Stadtkämmerei - Herrn Lehmann

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	3.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	---------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die bisher von der Stadt Ravensburg übernommenen Abgaben an das Land Baden-Württemberg für das Einleiten des gereinigten Abwassers aus den privaten Kleinkläranlagen in die Vorfluter werden auf den Anlagenbetreiber übertragen.

Die Stadt Ravensburg kann Ausgaben in Höhe von ca. 3.000,00 €/Jahr einsparen.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 16

Stand: 21.04.2010

Nr. 29 - Stadtreinigung, Reduzierung Einsatz Großkehrmaschine

Tiefbauamt - Herr Kordeuter

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 10.000 €
--------------	-----	-------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die Großkehrmaschine einer Privatfirma ist von April-Oktober 14-tägig für die Stadt im Einsatz.

Es wird vorgeschlagen, den 14-tägigen Einsatz auf 3 Wochen zu strecken. Dabei muss natürlich in Kauf genommen werden, dass die Straßen insgesamt nicht mehr so sauber sind wie bisher.

Wir halten es dennoch für vertretbar, den Vorschlag umzusetzen.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 17

Stand: 21.04.2010

Nr. 32 - Reduzierung wenig genutzter Spielplätze

Tiefbauamt, Frau Rundel

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme 0 € Wenigerausgabe 0 €

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Durch die Schaffung neuer Spielplätze und den Ausbau vorhandener Spielplätze ist es aus fachlicher Sicht vertretbar weniger attraktive Spielplätze aufzulösen, wenn das Wohnquartier ausreichend versorgt ist.

In der Überlegung stehen die Spielplätze in der Eugen-Bolz-Str. und am Gänshaldenweg.

Auf den kleinen Spielplatz "Im Egert" (Weststadt) kann aufgrund der unmittelbaren Nähe zum Spielplatz Kantstraße ebenfalls verzichtet werden.

Mit der mittelfristig geplanten Verlagerung der Drehscheibe im alten Friedhof (Georgstraße) wird der dortige Spielplatz aufgelöst.

Im Rahmen des Konzeptes zur Umgestaltung Frauentor wird der Grüngürtel bis zum "Gemalten Turm" überplant, den Umgang mit dem Spielplatz inbegriffen. Aufgrund von Gesprächen (Sozialamt, Agendagruppe Nordstadt) zeichnet sich ab, dass der Spielplatz in der Schussenstraße aufgelöst werden kann. Allerdings muss der Bedarf in der Altstadt/Unterstadt noch abschließend geklärt werden.

Grundsätzlich muss das Spielplatzkonzept überarbeitet und dem Gremium vorgestellt werden, so dass mit der Umsetzung erst im 2. HJ 2010 begonnen werden könnte.

Das Tiefbauamt sieht in dieser Maßnahme die Möglichkeit, Kostensteigerungen bei den Spielplätzen aufzufangen.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 18

Stand: 21.04.2010

Nr. 33 - Winterdienst - Reduzierung

Tiefbauamt, Herr Kordeuter

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 50.000 €
--------------	-----	-------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Der Winterdienst ist insgesamt eine sehr schwierige Aufgabe, da die Grundlage und damit auch der Kostenfaktor das unberechenbare Wetter ist. Die Kosten für den Winterdienst sind schlichtweg nicht kalkulierbar.

Dennoch sehen wir gewisse Spielräume, da laut Rechtsprechung nur verkehrswichtige und gefährliche Straßen geräumt und gestreut werden müssen.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 19

Stand: 21.04.2010

Nr. 34 - Abfall – Einbeziehungen der Aufwendungen Wertstofffassung und –nutzung in Abfallgebühren

Tiefbauamt, Frau Pillich

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	120.000 €	Wenigerausgabe 0 €
--------------	-----------	--------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Defizite aus dem Unterabschnitt Wertstoffe / Ra-WEG (UA 1.7215) sind bisher nicht in die Berechnung der Abfallgebühren eingeflossen.

In ihrem Bericht vom 15.07.2009 weist die GPA darauf hin, dass im UA 1.7215. seit dem Jahr 2003 Unterdeckungen in Höhe von 578 TEUR aufgelaufen sind.

Über die Einbeziehung dieser Ergebnisse in die Gebührenkalkulation müssen die städtischen Gremien entscheiden.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 20

Stand: 21.04.2010

Nr. 35 - Friedhöfe – Gebührenerhöhung zur besseren Kostendeckung (einschließlich Eschach)

Tiefbauamt, Frau Pillich

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	150.000 €	Wenigerausgabe 0 €
--------------	-----------	--------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die Bestattungsgebühren wurden zuletzt zum 01.01.2004 angehoben. Nachdem in den vergangenen beiden Jahren auf den städtischen Friedhöfen etliche Investitionen getätigt wurden, sollen die Gebühren nach der aktuell stattfindenden Kalkulation zur besseren Kostendeckung deshalb noch in 2010 maßvoll angepasst werden.

Beratungen in den Gremien sind vorgesehen am 29.03.2010 im VA, im ORE am 12.04.2010 und im GR voraussichtlich am 03.05.2010.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 21

Stand: 21.04.2010

Nr. 42 - angemessener Preis Mittagessen für Lehrer und Gäste in der Spohn-Mensa

ASJ, Frau Fiegler

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	20.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Der Schulträger hält an allen städtischen Schulen für die Schüler ein Mittagstischangebot vor, unabhängig davon, ob an diesem auch Lehrer und Gäste teilnehmen.

Nehmen Lehrer und Gäste am Mittagstisch in den Schulen teil, wird dies nicht mehr (wie bisher üblich) durch die Stadt bezuschusst (Raumkosten, Reinigung), sondern pro Essen wird 1 € anteilig für die o.g. Nebenkosten von dieser Zielgruppe erhoben. Somit zahlen Lehrer und Gäste zukünftig 4 €/ Mittagessen.

Die erzielbaren Einnahmen sind schwer vorauszusagen, da diese vom Umsatz der o.g. Zielgruppe abhängig sind. Für das SJ 2008/09 hätten sich Einnahmen i.H.v. rund 20.000 € ergeben.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 22

Stand: 21.04.2010

Nr. 43 - Erhöhung Elternbeiträge für Ferienbetreuung Grundschüler

ASJ – Frau Fiegler

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	4.500 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	---------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Gemäß KJHG, TAG (Tagesstättenausbaugesetz) bzw. SGB XIII sollen die Träger der Jugendhilfe ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen bereitstellen. Sobald diesbezüglich ein planerischer Bedarf festgestellt ist, hat der Träger entsprechende Maßnahmen zu treffen, den Bedarf zu befriedigen, es besteht somit eine Ermessensreduzierung auf Null.

Für berufstätige Eltern sind daher bis zum 14. Lebensjahr Betreuungsangebote auch an den Schulen durch den Schulträger (oder freie Träger) bereitzustellen. Dies gilt sowohl für Schul- als auch Ferienzeiten (TAG). Die Stadt Ravensburg hält daher für die Schüler der städtischen Grundschulen Betreuungsangebote in den Ferien vor, für welche privatrechtliche Entgelte erhoben werden.

Vorschlag:

Entgelterhöhung für die Angebote der Ferienbetreuung um pauschal 10 € pro Angebot. Dies führt zu einer Verringerung des Defizits um 4.500 €.

Die Betreuungsgebühr erhöht sich im Einzelfall für

Osterferien, 5 Tage, von 40,00 € auf 50,00 €

Pfingstferien, 5 Tage, von 33,00 € auf 43,00 €

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 23

Stand: 21.04.2010

Nr. 44 - Reduzierung der Schulbudgets schrittweise um 10 %

ASJ, Frau Fiegler

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 20.000 €
--------------	-----	-------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die Höhe der Schulbudgets ist nicht gesetzlich vorgeschrieben. Eine stufenweise Reduzierung um 10 % wird vorgeschlagen, einhergehend mit dem Rückgang der Schülerzahlen (innerhalb von 4 Jahren). Die Reduzierung soll mit den Schulleitern in der Schulleiterkonferenz abgestimmt werden, um eine Akzeptanz zu erreichen.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 24

Stand: 21.04.2010

Nr. 49 - Sportförderung – Reduzierung - Kernstadt

ASJ, Herr Beck

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme 0 € Wenigerausgabe 10.000 €

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Eine verlässliche Sportförderung ist für die Vereine zur Erfüllung ihrer sozialen und generellen Vereinsaufgaben unbedingt wichtig. Der Wegfall einzelner Förderungsbereiche würde die Existenz der Vereine gefährden. Angemessene prozentuale oder betragsmäßige Rückführung einzelner Sportförderungsbereiche schwächt die Gefahr einer Existenzgefährdung zumindest ab.

2010

Künftig ist nur noch alle 2 Jahre die Veranstaltung "Sportgespräche" vorgesehen; Ausgabeneinsparung rd. 5.000 €.

Weitere Einsparungen mit ca. 5.000 € sind bei einmaligen Zuschussanträgen z.B. für Vereinsveranstaltungen (u.a. Mietübernahmen in Mehrzweckhallen usw.) und Kürzung bei Sportgerätezuschüssen von bisher 20 % auf 10 % der Anschaffungskosten gem. § 6 Sportförderung vorgesehen.

2011

Sollten 2011 bei der Sportförderung (FiPo 1.5500.7180.000) weitere Einsparungen mit ca. 10.000 € notwendig sein, könnten diese nur z.B. durch Kürzung bei nachstehenden Leistungen erfolgen:

Einsparung

- gem. § 3, Abs. 4 (Überlassung städt. Räume)

Mietübernahme neu bis zu 75 % gegenüber bisher 80 %

Einsparung

ca. 1.000 €

(betroffene Vereine sind Luftsportgruppe RV, DAV, Schützenclub "Tell", FV RV)

- gem. § 4 (Anmietung nichtstädt. Einrichtungen)

Mietkostenzuschüsse neu höchstens 30 % gegenüber bisher 35 % bzw. Kürzung um 5 %.

Einsparung

ca. 3.200 €

(betroffene Vereine sind ATC RV, 1. Billardclub RV, ESV RV, Kegelsportverein RV, Dartclub RV, KingsGym RV, RV Yachtclub)

- gem. § 6 (Sportgerätezuschuß)

Kürzung auf neu 10 % gegenüber bisher 20 %

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 25

Stand: 21.04.2010

Einsparung ca. 2.600 €

- gem. § 5 (Energiekostenzuschuß rasensporttreibender Verein)

Erstattung neu 70 % bei Flutlicht gegenüber bisher 75 % und

neu 65 % bei Verbrauchskosten gegenüber bisher 70 %

Einsparung ca. 1.600 €

(Betroffene Vereine sind FV RV, TSB RV)

Weiter Vorschlag:

Bei Anträgen von Sportvereinen, denen die städt. Einrichtungen kostenfrei überlassen sind (z.B. Turnhallen, Hallenbad) und die nicht von vorstehenden Kürzungen betroffen sind, wird grundsätzlich ein einmaliger Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 200 € angerechnet und in Abzug gebracht.

Einsparung ca. 1.600 €

Die Kürzung bei der Sportförderung FiPo 1.5500.7180.000 um 10.000 € 2010 ist im HH 2010 schon umgesetzt.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 26

Stand: 21.04.2010

Nr. 52 - Städtepartnerschaft, Delegationen zum Rutenfest

ASJ, Herr Beck

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme 0 € Wenigerausgabe 4.000 €

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Hintergrund: traditionell Einladung offizieller Delegationen aus den Partnerstädten jährlich, nach Städten alternierend.

Vorschlag: Einladung nur alle 2 Jahre, beginnend 2012 (für 2010 ist Varazdin bereits eingeladen).

Begründung: finanzielle Einsparungen in Höhe von ca. 4.000 Euro alle 2 Jahre, erstmals 2011.

Verringerung des Personalaufwands sowohl in der Vorbereitung als auch in der Durchführung.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 27

Stand: 21.04.2010

Nr. 53 - Reduzierung Eventzuschüsse auf 50.000 €

ASJ, Herr Beck

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe	100.000 €
--------------	-----	----------------	-----------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Im Haushaltsplan 2010 sind für das Landeskinderturnfest als Eventzuschuss 150.000 Euro eingestellt, welches erfreulicherweise 2010 in Ravensburg stattfindet.

Die Veranstaltung "Sportvereine stellen sich vor" sollte, mit einem zusätzlichen Planansatz von 43.000 Euro, ursprünglich auch 2010 stattfinden (alle 5 Jahre), wurde allerdings aufgrund der Haushaltslage ins Jahr 2011 verschoben.

Für das Haushaltsjahr 2011ff kann aus Sicht des Amtes der Betrag für Eventzuschüsse auf 50.000 Euro reduziert werden, was im Jahr 2011 ff die Sportförderung mit 100.000 Euro entlasten wird.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 28

Stand: 21.04.2010

Nr. 56 - Städtepartnerschaft – Partnerschaft mit Mollet del Vallès

ASJ, Herr Beck

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 1.500 €
--------------	-----	------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Seit Jahren wird mit der Stadt Mollet del Vallès gemeinsam mit Montélimar (F) eine Städtepartnerschaft angestrebt, um den langjährigen bestehenden guten Beziehungen einen offiziellen Rahmen zu geben.

Im Hinblick auf den Spanischunterricht ab 2010 besteht von den Gymnasien Interesse an dieser Partnerschaft.

Das Projekt ist derzeit offen.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 29

Stand: 21.04.2010

Nr. 57 - Städtepartnerschaft – Verzicht auf Teilnahme Sportvereine stellen sich vor

ASJ, Herr Beck

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe	3.500 €
--------------	-----	----------------	---------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Hintergrund: Traditionell Einladung der Partnerstädte zur Teilnahme an der Veranstaltung 'Ravensburger Sportvereine stellen sich vor'.

Einsparungen in Höhe von ca. 3.500 Euro sind möglich, allerdings entfällt damit eine gute Möglichkeit der Jugendbegegnung.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 30

Stand: 21.04.2010

Nr. 59 - Rathauskonzerte, Reduzierung

Kulturamt, TI, Frau Möthe

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 5.000 €
--------------	-----	------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Derzeit werden für die Rathauskonzert 15.000 €/Jahr ausgegeben.

Mit allen Beteiligten soll über eine Reduzierung der Kosten ab 2011 verhandelt werden.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 31

Stand: 21.04.2010

Nr. 64 - Obdachlosenwesen – Schließung Wangener Straße

SOZ, Herr Herter

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 25.000 €
--------------	-----	-------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Das Gebäude Wangener Str. 160 wurde als Obdachlosenunterkunft für alleinstehende Personen verwendet. Durch intensive Betreuung der betroffenen Personen durch Sozialarbeiter konnte das Gebäude fast vollständig geleert werden.

Aufgrund des Alters, der schlechten Bausubstanz und der teuren Stromheizung entstehen sehr hohe Kosten. Diese Kosten stehen in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Nutzung.

Es wird daher vorgeschlagen, die Unterkunft in der Wangener Str. zu schließen.

Der weiterhin erforderliche Erfrierungsschutzraum wird dann in die Florianstraße verlegt. Dort bestehen freie Kapazitäten. Ein Haus wird derzeit nicht für die Unterbringung benötigt.

Ob das Gebäude verkauft werden kann oder abgerissen wird, wird derzeit geprüft.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 32

Stand: 21.04.2010

Nr. 65 - Reduzierung Notplätze der Stadt im Württemberger Hof

SOZ, Herr Goller-Martin

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 10.000 €
--------------	-----	-------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die Stadt hat derzeit 3 Notplätze im Württemberger Hof für obdachlose Personen für eine kurzfristige Aufnahme.

Von diesen 3 Plätzen wird im Jahresdurchschnitt nur ca. 1 Platz von Personen aus Ravensburg belegt. Die anderen Plätze werden teilweise von Personen, für die der Landkreis zuständig ist, in Anspruch genommen.

Der Platzanteil der Stadt Ravensburg soll auf einen Platz reduziert werden.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 33

Stand: 21.04.2010

Nr. 74 - Anpassung Sozialfonds

SOZ, Herr Goller-Martin

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 5.000 €
--------------	-----	------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Mit Mitteln des Sozialfonds werden Ravensburger Bürger in finanziellen Schwierigkeiten in einem einfachen Verfahren einmalig finanziell unterstützt. Die Direktanfragen im Amt für Soziales und Familien liegen unterhalb des finanziellen Rahmens. In den vergangenen Jahren wurden jeweils wesentliche Summe des Sozialfonds anderen Institutionen zur Verfügung gestellt, Caritas, Diakonisches Werk und SZ Nothilfe, die dann ihrerseits die Geldmittel an Bedürftige ausbezahlen.

Zur Deckung des Bedarfs der Direktanfragen und bei Beibehaltung einer begrenzten Mittelauszahlung an andere Institutionen (vgl. oben) sind auch finanzielle Mittel in Höhe von 15.000 € / Jahr derzeit ausreichend.

Die Haushaltsmittel werden an den aktuellen Bedarf angepasst.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 34

Stand: 21.04.2010

Nr. 77 - Konzert zum Tag der Deutschen Einheit

Kulturamt, Herr Schwarzbauer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme 0 € Wenigerausgabe 5.000 €

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Veranstaltung im Wechsel mit der Stadt Weingarten; in Ravensburg findet in der Regel ein Konzert statt, wozu dem Verein Sondermittel zur Verfügung stehen. Maximaler Abmangel 10.000 € = je Stadt 5.000 €.

Dies ist zu vertreten, da am Tag der Deutschen Einheit erfahrungsgemäss zahlreiche Veranstaltungen stattfinden.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 35

Stand: 21.04.2010

Nr. 79 - Bilder des Jahres

Kulturamt, Herr Schwarzbauer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 2.500 €
--------------	-----	------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Gemeinsames Projekt von Stadtbücherei, Kunstverein Ravensburg, Kreissparkasse Ravensburg und Kulturamt.

Es ist denkbar, diese Reihe künftig im Kunstmuseum/EG zu präsentieren; andererseits können in der Stadtbücherei andere Publikumsschichten erreicht werden können und für die Bildende Kunst interessiert werden.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 36

Stand: 21.04.2010

Nr. 80 - Kindertheatertage

Kulturamt, Herr Schwarzbauer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme 0 € Wenigerausgabe 4.000 €

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Gemeinsames Projekt von Stadtbücherei und Theater Ravensburg.

Die Umstellung auf einen zweijährigen Rhythmus ist durchaus vertretbar, da inzwischen viele andere Veranstalter ein ähnliches Programm anbieten, zum Teil sogar im selben Zeitraum (Herbstferien).

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 37

Stand: 21.04.2010

Nr. 83 - Kürzung Kulturförderung

Kulturamt, Herr Schwarzbauer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 10.000 €
--------------	-----	-------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Weitere Kürzungen ab 2011 bei den Zuschüssen für die kulturellen Vereine

Es ist vertretbar bei den Nutzungserstattungen für städtische Räumlichkeiten (Schwörsaal/Konzerthaus) zu kürzen, indem einerseits die Zuschüsse für die Grundmiete reduziert werden (von jetzt 100 % auf künftig 80 %), andererseits die Beteiligung für die Nebenkosten ganz entfällt.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 38

Stand: 21.04.2010

Nr. 85 - Kulturveranstaltungen – Erhöhung Abopreise

Kulturamt, Herr Schwarzbauer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	10.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

In einem ersten Schritt wurde die Abopreise durch Beschluss Gemeinderat vom 08.03.2010 angepasst.

In einem weiteren Schritt sollte erreicht werden, künftig die "eingekauften" Kulturveranstaltungen besser zwischen den Städten Ravensburg, Friedrichshafen und Weingarten abzustimmen.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 39

Stand: 21.04.2010

Nr. 89 - Erhöhung Benutzungsgebühren Bücherei

Bücherei, Frau Scherer

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	10.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

bereits umgesetzt durch Beschluss Gemeinderat vom 08.03.2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 40

Stand: 21.04.2010

Nr. 94 - Verkürzung Saisonzeiten ESH

Oberschwabenhallen-GmbH, Herr Schaugg

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe	15.000 €
--------------	-----	----------------	----------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Ursprüngliche Vorgabe für die Saisondauer in der ESH waren ca. letzte Augustwoche bis letzte Aprilwoche. Betriebszeit ca. 37 Wochen (deshalb auch die 35 Wochen bezuschusste Eiszeiten an die Vereine). Der Eisbeginn wurde erstmals in der Saison 2004/05 auf Anfang August vorgezogen, weil ein lukratives Trainingslager einer DEL-Mannschaft angefragt war. Seit 2005 nutzen die RV-Vereine diese Zeiten. Diese werden mit den verbilligten Saisonsätzen (10 EUR/Std) abgerechnet. Auswärtige Mannschaften wurden durch die starke Belegung verdrängt. Zum Saisonende hat sich die Nutzung durch die langen Playoffs der Towerstars bis Anfang Mai verlängert.

In der Saison 2010-2011 werden wir voraussichtlich 47 Wochen Betriebszeit haben. Beginn 2. August, Ende wegen Playoff voraussichtlich 10. Mai.

Ein etwas späterer Saisonbeginn am 15. August ist problemlos machbar. Die Towerstars und die gesamte Liga sind bemüht, die Saison zu straffen (Trainingsspiele im August sind auch schwer verkäuflich).

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 41

Stand: 21.04.2010

Nr. 95 - Eintrittspreise ESH

Oberschwabenhallen-GmbH, Herr Schaugg

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	15.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Der Basiseintrittspreis für den Publikumslauf ist seit Start des Betriebs 2003 unverändert. Lediglich die Preise für Leihschlittschuhe und Eisdisco wurden zwischenzeitlich erhöht. Durch die Mehrwertsteuererhöhung wurde die Einnahmehbasis zusätzlich geschwächt.

Derzeit betragen die Eintrittspreise:

Kinder bis 12 Jahre	2,00 €
Schüler, Jugendliche	2,50 €
Erwachsene	3,50 €

Eine Erhöhung der Eintrittspreise mit dem Ziel einer gesamten Einnahmeverbesserung um 10 % ist gerechtfertigt und möglich.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 42

Stand: 21.04.2010

Nr. 97 - Erhöhung Parkentgelte P-+R-Plätze am Bahnhof

Stadtwerke, Herr Thiel-Böhm

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	15.000 €	Wenigerausgabe 0 €
--------------	----------	--------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die Parkentgelte am P+R Bahnhof sind seit dem Jahr 2003 konstant.

Bei einer Erhöhung

- der Tageskarte von 3,00 auf 4,00 Euro
- Monatskarte von 15,00 auf 20,00 Euro
- Jahreskarte von 150,00 auf 200,00 Euro

sind pro Jahr Mehreinnahmen von ca. 15.000 Euro zu erzielen.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 43

Stand: 21.04.2010

Nr. 99 - Erhöhung Eintrittspreise Sport- und Freizeitbäder

Stadtwerke, Herr Thiel-Böhm

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	20.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die letzte Erhöhung der Eintrittspreise im Hallenbad war zur Wiedereröffnung im September 2005; beim Flappachbad zum 01.01.2009.

Vorgesehen ist, die Eintrittspreise **ab 2011** jeweils von 2,50 € auf 2,70 € zu erhöhen. Die Eintrittspreise in vergleichbaren anderen Bädern (z.B. Weingarten, Bad Saulgau) liegen derzeit bei 3,00 €.

Gründe für die Erhöhung für beide Bäder sind gegeben (u.a. Sanierung 2009, Sprungturm in 2010).

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 44

Stand: 21.04.2010

Nr. 103 - Wegfall Rabattierung bei Bezahlung der Parkentgelte mit der Geldkarte

Stadtwerke, Herr Thiel-Böhm

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	8.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	---------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

In den vier städtischen Parkhäusern wird seit 2001 bei Bezahlung der Parkentgelte mit der Geldkarte an der Schrankenanlage eine Rabattierung von 10 % gewährt.

Bei Wegfall der Rabattierung sind um ca. 8.000 Euro höhere Parkentgelte pro Jahr zu erzielen.

Die Rabattierung wurde damals eingeführt um den Einsatz der Geldkarte zu forcieren.

Eine Weitergewährung der Rabattierung ist aus Sicht der Stadtwerke nicht mehr erforderlich.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 45

Stand: 21.04.2010

Nr. 106 - Herabsetzung der Allgemeinen Rücklage der Stadtwerke mit teilweise Ausschüttung Geschäftsgewinn BOB

Stadtwerke, Herr Thiel-Böhm

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	547.000 € (2010)	Wenigerausgabe 0 €
--------------	------------------	--------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Nach dem Beschlussvorschlag des Werksausschusses vom 14.04.2010 ist vorgesehen, die Allgemeine Rücklage der Stadtwerke herabzusetzen. Der Herabsetzungsbetrag in Höhe von 547.000 € soll an den städtischen Haushalt abgeführt werden.

In diesem Betrag sind enthalten:

- die teilweise Ausschüttung des Geschäftsgewinns der BOB 2008/2009 und 2009/10. Die Gesellschafterversammlung der BOB hat dazu am 10.02.2010 entschieden, dass der Gewinn des Geschäftsjahres 2008/2009 zu 70 % (110 T €) an die Gesellschafter ausgeschüttet wird, für das Geschäftsjahr 2009/2010 (60 T €) wurde noch kein Beschluss gefasst
- das Jahresergebnis 2009 der STW mit rund 225 T €
- Herabsetzung Allgemeine Rücklage STW 147 T €

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 46

Stand: 21.04.2010

Nr. 111 - Schließung von Sporthallen in der Ferienzeit

AGM, Herr Bastin

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 10.000 €
--------------	-----	-------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die vorgeschlagene Reduzierung von Hallennutzungszeiten generiert Minderausgaben in den Bereichen:

- Wärmebereitstellung durch Senkung d. Heizleistung für Wasser/Raumluft
- Stromverbrauch durch Wegfall insbesondere von Lichtkosten
- Wasserverbrauch (Duschen)
- Reinigung
- Bauunterhaltung durch reduzierte Nutzung

Von Vorteil ist die Freihaltung der Hallenräume für Reparatur- und Baumaßnahmen im Unterhalt.

Die Schließung von Hallenflächen bedingt den Wegfall der Nutzungsmöglichkeit für Vereine und Sonderveranstaltungen.

Zur Sportvereinsnutzung ist in den Sommermonaten ein Ausweichen auf Außensportflächen denkbar, allerdings mit witterungsbedingten Einschränkungen.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 47

Stand: 21.04.2010

Nr. 117 - Vermietung Altes Theater

AGM, Herr Bastin

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	35.000 €	Wenigerausgabe 0 €
--------------	----------	--------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die bisherige Nutzung entfällt durch den Bau des neuen Kunstmuseums. Ab Ende 2011 soll deshalb das Alte Theater vermietet werden.

Das AGM wurde am 04.05.2009 vom Museumsausschuss beauftragt für das Gebäude ein Gesamtkonzept zur langfristigen Gewerbe-Dienstleistungs-Nutzung mit Alternativen zu entwickeln.

Das AGM hat die Flächen am 31.10.2009 zur Vermietung ausgeschrieben und ist dabei den Markt zu erkunden und führt Gespräche mit potentiellen Nutzern

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 48

Stand: 21.04.2010

Nr. 120 - Verwaltungsgebühr für Ausstellung von Negativzeugnissen

Wirtschaftsförderung, Herr Engele

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme 6.000 €

Wenigerausgabe 0 €

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Für "Negativzeugnisse", die bestätigen, dass ein gesetzliches Vorkaufsrecht von der Stadt nicht ausgeübt wird, werden bisher keine Gebühren erhoben.

Die Verwaltung schlägt vor, hierfür künftig Gebühren zu erheben.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 49

Stand: 21.04.2010

Nr. 161 - Event "Abgefahren", nur noch alle 2 Jahre

ASJ – Berr Beck

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 4.000 €
--------------	-----	------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Mit der Stadt Weingarten und den Umlandgemeinden besteht Einigkeit, dass die Veranstaltung "Abgefahren" nur noch alle 2 Jahre durchgeführt wird.

Das nächste Event "Abgefahren" wäre demnach 2011.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 50

Stand: 21.04.2010

Nr. 122 - Verzicht auf Subventionierung Stellplätze

Wirtschaftsförderung, Herr Engele

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 4.000 €
--------------	-----	------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

- Anmietung von 12 Stellplätzen für die Duale Hochschule
- Anmietung eines Stellplatzes für den SWR
- Anmietung eines Stellplatzes für Radio 7

- -Subventionierte Weitervermietung an Nutzer

Durch den Neubau in der Rudolfstraße stehen für die Duale Hochschule ausreichend Stellplätze zur Verfügung. Eine Subventionierung der Parkgebühren ist aus unserer Sicht nicht mehr erforderlich.

Nach Fertigstellung der Tiefgarage Mauerstraße soll über die weitere Subventionierung der Stellplätze für Radio 7 und SWR entschieden werden.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 51

Stand: 21.04.2010

Nr. 134 - Öffentlichkeitsarbeit – teilweise Reduzierung der Sendung "Ravensburg Live"

Büro Oberbürgermeister, Herr Oswald

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe	2.700 €
--------------	-----	----------------	---------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Reduzierung auf 10 Sendungen "Ravensburg live" in 2010,
ab 2011 Entscheidung über weitere Sendungen zusammen mit Friedrichshafen

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 52

Stand: 21.04.2010

Nr. 145 - Erhöhung Hundesteuer

Stadtkämmerei, Herr Lehmann

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	35.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Die Hundesteuer ist zuletzt im Jahr 1993 auf 120 DM erhöht und im Jahr 2002 auf 60 € je Ersthund umgestellt worden. Die Anhebung auf 90 € je Ersthund erscheint angemessen. Das mit der Erhebung einer Hundesteuer u. a. angestrebte Ziel der Minimierung der Hundehaltung in den Städte und bewohnten Ortsteilen und dadurch die Verringerung der Verschmutzungen ist bei sehr geringen Steuersätzen nicht zu erreichen.

Mit der Anhebung der Steuer für den Ersthund sollte auch die Steuer für die sog. Zweithunde, welche allgemein doppelt so hoch ist wie die Steuer für den Ersthund entsprechend angehoben werden.

In diesem Zusammenhang sollte die Steuerbefreiung für Wachhunde gestrichen werden. Die Mustersatzung des Gemeindetags empfiehlt schon seit Jahren diesen Befreiungstatbestand abzuschaffen. Es handelt sich um einen systematisch schwer nachzuvollziehenden Verzicht auf Steuereinnahmen. Die praktische Anwendung dieser Regelung erfordert einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 53

Stand: 21.04.2010

Nr. 146 - Erhöhung der Vergnügungssteuer für Geldspielgeräte

Stadtkämmerei, Herr Lehmann

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	300.000 €	Wenigerausgabe 0 €
--------------	-----------	--------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit Urteil vom 04.02.2009 festgestellt, dass der Stückzahlmaßstab bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt. Verlangt wird eine Besteuerung auf der Grundlage Umsatz der einzelnen Geräte. Insoweit ist die Vergnügungssteuerersatzung der Stadt der neuen Rechtslage anzupassen.

Die Umsetzung soll zum 01.11.2011 erfolgen.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 54

Stand: 21.04.2010

Nr. 147 - Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Punkte

Stadtkämmerei – Herr Lehmann

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	380.000 €	Wenigerausgabe 0 €
--------------	-----------	--------------------

bereits mit Beschluss Haushaltsplan 2010 umgesetzt

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 55

Stand: 21.04.2010

Nr. 152 - Gebühr für Bezug Mitteilungsblatt Ortschaften

Orstvorsteher

Hauptamt – Herr Wollensak

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	50.000 €	Wenigerausgabe	0 €
--------------	----------	----------------	-----

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Stellungnahme Kernverwaltung:

Wie in allen anderen umliegenden Gemeinden sollte für das gemeinsame Mitteilungsblatt der Ortschaften eine Bezugsgebühr erhoben werden, um die entstehenden Kosten abzudecken. Für das Mitteilungsblatt sind im Jahr 2009 insgesamt 29.000,00 € an Ausgaben entstanden; für die redaktionelle Betreuung der Inhalte durch Mitarbeiterinnen der Ortsverwaltungen entstehen weitere Personalkosten.

Es wird vorgeschlagen, eine Bezugsgebühr von 12,00 € im Jahr pro Mitteilungsblatt zu erheben. Damit könnten (auch unter Berücksichtigung von Abstellungen) Einnahmen in Höhe von ca. 50.000 €/Jahr erzielt werden

Stellungnahme Ortschaften:

Ausgangslage

Derzeit erhalten sämtliche Haushalte der 3 Ortschaften Eschach, Taldorf und Schmalegg das Mitteilungsblatt (ca. 7.200 Haushalte). Mit dem Primo Verlag wurde seiner Zeit vereinbart, dass den Ortschaften insgesamt 11 Seiten pro Mitteilungsblatt kostenlos zur Verfügung stehen.

Die guten vertraglichen Konditionen mit dem Primo Verlag wurden nur durch die sehr guten Kontakte zwischen Primo Verlag und Ortschaften sowie das relativ hohe Anzeigenaufkommen möglich.

Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass auch weiterhin alle Haushalte der 3 Ortschaften das Mitteilungsblatt erhalten.

Kosten für das Mitteilungsblatt

Aufgrund der genannten Sachlage entstehen für das Mitteilungsblatt grundsätzlich keine Kosten. Die einzigen Kosten, die anfallen, sind die Austrägerkosten i.H.v. ca. 25.000 Euro pro Jahr.

Kostenbeteiligung der Kirchen

Im Auftrag der 3 Ortschaftsräte wurde seiner Zeit auch mit den Kirchen wegen einer adäqua-ten Kostenbeteiligung verhandelt. Die Kirchen beteiligen sich seither mit ca. 2.500 Euro an den Kosten des Mitteilungsblattes.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 56

Stand: 21.04.2010

Fazit:

Das Mitteilungsblatt ist das einzige gemeinsame Medium, das den Ortschaften für ihre Bürgerinnen und Bürger für wichtige aktuelle Informationen der Ortschaften zur Verfügung steht.

Zusätzlich werden nahezu wöchentlich wichtige aktuelle Pressemeldungen der Kernstadt veröffentlicht.

Wie die Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, ist davon auszugehen, dass bei der Erhebung einer Gebühr (unabhängig von der Höhe) mindestens ca. 20% - 30 % der Haushalte nicht bereit sind, ein Abonnement abzuschließen. Damit könnte die Forderung der 3 Ortschaftsräte, alle Haushalte zu erreichen, nicht mehr erfüllt werden.

Nimmt man das politische Selbstverständnis der Ortschaften ernst, dann sollte man diese Entscheidung den 3 Ortschaftsräten auch weiterhin in eigener Zuständigkeit überlassen.

Aufgrund der guten Vertragskonditionen sind alle 3 Ortschaftsräte einstimmig der Meinung, das Mitteilungsblatt kostenlos an alle Haushalte der Ortschaften zu verteilen.

Die Erhebung einer Gebühr für das Mitteilungsblatt wird deshalb von allen 3 Ortschaften abgelehnt.

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 57

Stand: 21.04.2010

Nr. 153 - Wiederbesetzung freier Stelle Ortsbauhof Eschach

Hauptamt, Herr Oberhofer

Ortsverwaltung Eschach, Herr Lehr

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe	10.000 €
--------------	-----	----------------	----------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Stellungnahme Hauptamt:

Im Stellenplan des Haushalts 2009 wurde für den Ortsbetriebshof eine neunte Stelle eingerichtet. Zuvor wurden die Aufgaben, insbesondere die Grünpflege, über saisonale Kräfte abgedeckt. Die Stelle wurde im Juli 2009 unbefristet besetzt.

Aufgrund des befristeten Ausscheidens eines Mitarbeiters (befristete Erwerbsunfähigkeitsrente) ist über die Nachbesetzung eine Entscheidung zu treffen. Das Hauptamt empfiehlt aufgrund der aktuellen Haushaltslage diese Stelle für die Zeit der Hauptvegetationsphase zunächst und bis auf weiteres, mit einer Saisonkraft zu besetzen. Die Einsparsumme gegenüber eine ganzjährigen Besetzung beträgt jährlich rund 10.000 EUR.

Sollte die Stelle ganzjährig besetzt werden, ist eine Besetzung ohne Stellenmehrung nur befristet möglich. Der befristet ausgeschiedene Bauhofmitarbeiter hat nach Ablauf seiner befristeten (teilweisen) Erwerbsunfähigkeitsrente einen Anspruch auf Rückkehr auf seinen alten Arbeitsplatz. Die Rente wurde bis zum 31.08.2011 befristet.

Stellungnahme Ortsverwaltung Eschach:

Beim Ortsbauhof Eschach wurden im Jahre 2004 zwei Stellen von Mitarbeitern, die in den Ruhestand gegangen sind, nicht wieder besetzt. Bereits in den Jahren davor wurde die Stellenanzahl von zwölf auf zehn reduziert.

In der Folge konnten Arbeiten in verschiedenen Bereichen nicht mehr zufriedenstellend erledigt und auch nicht durch eine Beauftragung des städtischen Betriebshofs aufgefangen werden. Dabei entstanden auch im Bereich der Verkehrssicherungspflicht Defizite.

Als Reaktion hierauf wurde von Mitte März bis Mitte Oktober 2008 zunächst eine Saisonarbeitskraft eingestellt, die hauptsächlich für die Grünpflege zuständig war. Diese war eine gute Unterstützung zumindest in den Sommermonaten. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass dies nicht ausrei-

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 58

Stand: 21.04.2010

chend war und zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben ganzjährig eine zusätzliche Arbeitskraft benötigt wird.

Zum 09.07.2009 wurde gemäß dem Haushaltsantrag der CDU-Fraktion des Gemeinderates ein neuer Mitarbeiter ganzjährig und unbefristet eingestellt. Sein Aufgabengebiet umfasst hauptsächlich die Pflege von Grünanlagen, Spielplätzen, Sportanlagen, Gräben, Bächen und Straßenbegleitgrün sowie Straßenunterhaltungsarbeiten und Winterdienst. Aufgrund der hohen Krankheitsausfälle von zwei Mitarbeitern kam es dennoch immer wieder zu Kapazitätsproblemen. Da einer dieser Mitarbeiter nun (befristet) ausscheidet, dürften sich diese Schwierigkeiten durch eine ganzjährige Stellenneubesetzung jedoch weitgehend lösen.

Es geht hierbei nicht um die Abdeckung von Arbeitsspitzen, sondern um die Erledigung der laufenden, regelmäßigen Arbeiten und deren vernünftige Abwicklung. Durch eine ganzjährige Wiederbesetzung der frei werdenden Stelle kann eine effiziente und effektive Aufgabenerledigung und Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflichten gewährleistet werden.

Auch im Hinblick auf den auch künftig zu erwartenden Aufgabenzuwachs (neue Baugebiete, Geh- und Radwege, Ausgleichsflächen, Klosterareal, Gewässerunterhaltung etc.) ist eine ganzjährige Wiederbesetzung der neunten Bauhofstelle zwingend notwendig.

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Ortsverwaltung regelmäßig die Möglichkeiten zur Aufgabenreduzierung und –übertragung prüft. So wurde z.B. in 2006 mit den Sportvereinen vereinbart, dass diese die Grünflächen um die Sportplätze in Eigenregie pflegen und dafür eine Entschädigung erhalten.

Des Weiteren arbeitet der Ortsbauhof Eschach - soweit möglich und praktikabel - sehr gut mit den anderen Ortsbauhöfen und dem Betriebshof Ravensburg zusammen und setzt Maschinen effizient ein. Beispielsweise wurde auf Initiative der Ortschaft Eschach eine Fräse für den Kunstrasenplatz Weißenau angeschafft, die auch auf den Kunstrasenplätzen in Oberzell und der Kernstadt eingesetzt wird.

Fazit:

Aus den o.g. Gründen ist es aus Sicht der Ortsverwaltung und des Ortschaftsrates unbedingt erforderlich, die frei werdende Stelle ganzjährig - ggf. zunächst befristet (bis zur endgültigen Entscheidung über den Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente des betreffenden Mitarbeiters) – wieder zu besetzen.

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 59

Stand: 21.04.2010

Nr. 156 - pauschale Sperre Budgets Ortsverwaltung Taldorf

Ortsverwaltung Taldorf, Herr Höss

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme 0 € Wenigerausgabe 15.000 €

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Angebot Ortschaft Taldorf

pauschale Sperre von 1 % über alle Budgets

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung

Seite 60

Stand: 21.04.2010

Nr. 157 - pauschale Sperre Budgets Ortsverwaltung Eschach

Ortsverwaltung Eschach, Herr Lehr

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme	0 €	Wenigerausgabe 22.000 €
--------------	-----	-------------------------

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Angebot Ortschaft Eschach

pauschale Sperre von 1 % über alle Budgets

Haushaltskonsolidierung 2010

Anlage 1: Vorschläge an Gemeinderat zur Umsetzung
Seite 61

Stand: 21.04.2010

Nr. 158 - pauschale Sperre Budgets Ortsverwaltung Schmalegg

Ortsverwaltung Schmalegg, Herr Hugger

finanzielle Auswirkung pro Jahr (2010-2013)

Mehreinnahme 0 € Wenigerausgabe 7.000 €

ergänzende Begründung zum Vorschlag:

Angebot Ortschaft Schmalegg

pauschale Sperre von 1 % über alle Budgets